Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der betreffenden Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Nollendorf 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe

76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 88 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Freitag, den 30. Dezember 1927 — Nummer 1349

Müßige Erörterungen.

s **Berlin**, 29. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Gespräche über Neuwahlen kursierten in politischen Kreisen schon lange vor Weihnachten. Sie hatten ihren Grund zum Teil darin, daß die Opposition ihre politische Arbeit statt auf sachliche Diskussion, auf Agitation einstellte. Jedesmal, wenn man glaubte, daß sich im vergangenen Vierteljahre innerhalb der Regierungsparteien Schwierigkeiten ergaben, war man schnell mit Regierungskrisen und der kommenden Auflösung des Reichstages bei der Hand. Hier war der Wunsch um so mehr der Vater des Gedankens, als man innerhalb der Opposition es nicht sehr gern sah, daß diese Regierungsmehrheit mit dem Erfolg die schwierigen Gesetzesaufgaben löste, wie es tatsächlich während dieses Jahres der Fall war.

Eine Regierungskrise, wie sie ja leider in den letzten Jahren zu Weihnachten traditionell geworden war, war uns diesmal nicht beschieden, und somit war einer gewissen Presse auch keinerlei Stoff gegeben, um über das kommende Kabinett und seine Führung ein Rätselraten anzuheben. Deshalb griff man zu einem anderen Ausweg, um über diese politisch toten Tage hinwegzukommen. Das Raten über den Termin einer Reichstagsauflösung und der Neuwahlen für den Reichstag begann. Daß der Reichstag eines natürlichen Todes sterben sollte, also erst im Spätherbst auseinanderginge, würde, daran glaubte man in maßgebenden politischen Kreisen allerdings auch nicht, aber schon jetzt von einer Reichstagsauflösung zu sprechen, ist doch reichlich verfrüht. Ebenso unsinnig ist es, von einer „Verschleppung der Wahlen als neues Manöver der Rechtsregierung" zu sprechen, wie es heute ein Berliner Abendblatt in großer Aufmachung tut. Von einer Reichstagsauflösung kann heute schon deshalb nicht die Rede sein, weil dem Reichstage noch wichtige gesetzgeberische Aufgaben gegeben sind, so z. B. die Durchberatung des Etats, der noch nicht einmal wie in früheren Jahren, wenigstens vor Weihnachten, in erster Lesung das Plenum passierte, und ferner die Beratung des Kriegsschuldentilgungsgesetzes. Daß diese beiden gesetzgeberischen Aufgaben noch unbedingt gelöst werden müssen, darüber sind sich alle Parteien einig, und daß die Beratung des großen Stoffes bis mindestens April, wenn nicht noch darüber hinaus Zeit in Anspruch nimmt, darüber ist man sich ebenso klar. Also ist es vernünftig betrachtet vom Übel, schon heute von Reichstagsauflösung und Neuwahlen zu sprechen. Ja, es kann nicht scharf genug verurteilt werden, daß man schon jetzt, wo noch die schwierigsten Beratungen bevorstehen, die wohl je über einen Etat stattfanden, diese politische Unruhe mit einem Rätselraten über den Termin der Neuwahlen ins Volk trägt. Auch für das Parlament selbst ist eine ernste, sachliche Beratung gefährdet, wenn sie stets unter dem Druck der Auflösung und Neuwahlen steht. Von einer Reichstagsauflösung aber schon heute zu sprechen, ist aber auch deshalb unzutreffend, weil eine solche Auflösung doch allerhand Vorbedingungen haben muß. Artikel 25 Absatz 1 der Verfassung bestimmt, daß der Reichspräsident den Reichstag auflöst, und dazu bedarf es eines besonderen politischen Grundes wie z. B. Ablehnung einer Regierungsvorlage durch die Mehrheit des Reichstages oder sonstige politische Uneinigkeiten zwischen Reichstag und Reichskabinett. Bevor dieser Grund gegeben ist, kann man also von einer Verschleppung der Wahlen durch die Regierung oder die Parteien nicht sprechen. Das festzustellen und das Geschwätz der Oppositionspresse ins rechte Licht zu rücken, ist notwendig.

Nun sprechen aber noch andere Gründe dafür, daß der Reichstag noch über den 1. April hinaus beisammen bleibt, und das ist der übereinstimmende Wunsch der Regierungsparteien, also der jetzigen Regierungsmehrheit, die Strafgesetzreform noch unter Dach und Fach zu bringen. Das ist wünschenswert gerade im Hinblick auf unser Zusammengehen mit Österreich, wo der gleiche Entwurf zurzeit viel schneller fortschreitet. Diese Übereinstimmung zwischen Deutschland und Österreich ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für die innige Verbindung zwischen beiden verwandten Staaten.

Darüber hinaus stellt das Zentrum seinerseits noch die Forderung, den Reichsschulgesetzentwurf ebenfalls durch diesen Reichstag verabschieden zu lassen, um endlich auf dem Gebiete des Schulwesens klare und reine Bahn zu schaffen. Acht Jahre hat sich die reichsschulgesetzliche Regelung jetzt hinausgezögert, und nun, da die Regierungsvorlage im Ausschuß schon weit fortgeschritten ist, soll man wiederum die Beratung abbrechen, um die so notwendige gesetzliche Regelung abermals ad calendas graecas zu vertagen? Dieser Wunsch des Zentrums ist durchaus berechtigt, wenn er leider bisher auch nur die offizielle Zustimmung der Bayerischen Volkspartei gefunden hat. Es dürfte zudem den anderen Parteien, besonders innerhalb der Regierungsmehrheit, von Seiten der Arbeitsgemeinschaft des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei kein Zweifel darüber gelassen sein, daß das Zentrum keiner Auflösung des Reichstages zustimmt, wenn nicht das Reichsschulgesetz vorher erledigt worden ist. Das bedeutet noch lange keine Furcht vor Neuwahlen. Das Zentrum braucht Neuwahlen nicht zu fürchten, denn seine Politik hat sich seit Jahren bewährt, und es ist kein bloßer Zufall, daß die Zentrumsfraktionen im Reich wie in Preußen seit Jahren die politische Führung haben. Aus allen diesen Gründen sieht man in Zentrumskreisen der ganzen Entwicklung auch mit der größten Ruhe entgegen und hält die derzeitigen Veröffentlichungen über Reichstagsauflösung und Neuwahlen und die sich daran anknüpfenden Polemiken für müßige Erörterungen.

Der Offizier-Ersatz im Reichsheer.

S **Berlin**, 29. Dez. (Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.)

In der neuen Verordnung über den Heeresersatz sind von einigen Blättern Bedingungen über den Offiziersatz vermißt worden. Demgegenüber kann darauf hingewiesen werden, daß besondere Bestimmungen darüber bestehen. Wenn bei dieser Gelegenheit von Blättern der Linken Kritik daran geübt wird, daß aus dem Unteroffizierstande keine Offiziere mehr hervorgehen, so wird damit an Verhältnisse angeknüpft, die im früheren deutschen Heere bestanden, die aber bei der Reichswehr nicht mehr vorliegen. Heute gehen alle Offiziere aus dem Unteroffizierstande hervor. Dabei wird auch den sogenannten Nichtabiturienten, d. h. solchen, die nicht die Abschlußprüfung einer höheren Lehranstalt bestanden haben, Gelegenheit zur Offizierbeförderung geboten. Diese Nichtabiturienten können, wenn sie die nötige Befähigung zeigen, die Waffenschule besuchen und in den Offizierstand eintreten, wenn sie die vorgeschriebene Prüfung bestehen. Die Bestimmungen decken sich durchaus mit denen der Schutzpolizei. Ferner ist in den Blättern der Linken noch bemängelt, daß die früher als Offiziere eingetretenen Nichtabiturienten (die größtenteils unter dem Reichswehrminister Noske befördert worden waren) alle an der Majorsecke scheiterten. Das ist unzutreffend. Von ihnen sind im ganzen 209 Offizier, davon sind bis jetzt 92 ausgeschieden, und zwar 44 als Hauptleute, 34 als Oberleutnants und 14 als Unterleutnants, 10 von den Hauptleuten haben den Charakter als Major erhalten, 177 befinden sich zur Zeit noch im Dienst, davon 52 als Hauptleute und 55 als Oberleutnants. Die Frage, ob ein Teil dieser Offiziere zum Major befördert oder vorher verabschiedet wird, kann erst im Jahre 1929 akut werden. Auf jeden Fall ist es aber unzutreffend, wenn behauptet wird, alle unter Noske beförderten Offiziere seien an der Majorsecke gescheitert.

Österreich und das Burgenland.

w **Wien**, 29. Dez. (Tel.) Im Nationalrat, der heute eine kurze Sitzung zur Annahme eines zweimonatigen Budgetprovisoriums abhielt, wies der sozialdemokratische Abg. Richter darauf hin, daß der ungarische Außenminister Valko im ungarischen Parlament gegenüber der Erklärung des Bundeskanzlers Seipel betont habe, daß weder der Ministerpräsident noch irgendeine andere verantwortliche ungarische Persönlichkeit eine Äußerung gemacht habe, die einen endgültigen Verzicht auf das Burgenland bedeutet habe. Er verlangte vom Bundeskanzler klare Auskunft, welche dieser beiden Erklärungen auf Wahrheit beruhen. Bundeskanzler Dr. Seipel erwiderte darauf, er beeile sich damit, in diesem Augenblick neuerdings die Erklärung abzugeben, daß Österreich an seinem ihm gewordenen Rechte auf das Burgenland festhalte und daß die burgenländische Bevölkerung auf ihre Rechte zu Österreich zu gehören, nicht verzichte. Er gebe bei dieser Gelegenheit neuerdings der Überzeugung Ausdruck, daß die Grenze gegenüber Ungarn und die Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich in keiner Weise bedroht und gefährdet wird und er stelle fest, daß er auch keinen Zweifel hege an der Loyalität Ungarns und an dem Ernst aller Versicherungen der ungarischen Regierung, daß sie irgendwelchen auf das Burgenland bezüglichen irridentistischen Bewegungen, im eigenen Lande ferngestanden sei und in Zukunft fernstehen werde.

Österreichische Rundschau.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

L **Wien**, 26. Dezember.

Gegen Ausgang der letzten Völkerbundstagung konnte man in der Conser und in der Pariser Presse wiederholt Stimmen vernehmen, die von einem Antrag Österreichs, den Völkerbund nach Wien zu verlegen, sprechen und auch verkündigen, daß bereits ein aus Industriellen und Politikern bestehendes Wiener Komitee mit der Vorbereitung dieser Aktion befaßt sei. Bundeskanzler Dr. Seipel hat schon anfangs Dezember auf eine Interpellation des großdeutschen Nationalrates Dr. Straffner jene Aktion jeder offiziellen Färbung entkleidet, obwohl er wegen dieser Haltung von der Linkspresse, die wirtschaftliche Rücksichten in den Vordergrund schob, angegriffen wurde. Genau besehen, handelt es sich bei der ganzen Sache wieder um eines jener Rezepte, mit welchen manche Ententepolitiker die Frage der Neutralisierung Österreichs präparieren wollen. Vor acht Jahren etwa hat man Österreich die Einführung von internationalen Spielbanken empfohlen; dann wieder gab es Projekte, wie Donauföderation, oder zumindest Zusammenlegung der mitteleuropäischen Eisenbahnsysteme; und jetzt wiederum soll Österreich und Wien als Völkerbundssitz „ein glänzendes Geschäft machen"; einmal deshalb, da die Völkerbundsbeamten, nach einem farbigen Wort Briands, genug haben von den „calvinischen Orgien" im faden Genf, dann aber auch um den Anschlußwillen zu paralysieren. Für Österreich ist die Sache erledigt.

Es wäre übrigens auch gar nicht wünschenswert, den internationalen Charakter Wiens noch stärker zu unterstreichen. Heute schon leben rund 250 000 Fremde in Wien; also nahezu ein Siebentel der Gesamtbevölkerung ist ausländischer Staatsangehörigkeit. Davon sind — alle Ziffern abgerundet — 120 000 Tschechoslowaken, 42 000 Polen, 22 000 Ungarn, 18 000 Reichsdeutsche, 15 000 verschiedener Staatszugehörigkeit, 11 000 Rumänen, 10 000 Jugoslawen, 5 000 Italiener, 2 000 Schweizer, 300 Niederländer, 150 Schweden, je 50 Dänen und Norweger. Von all diesen Ausländern haben sich zirka 172 000 zur deutschen Umgangssprache bekannt. Von der stärksten ausländischen Kolonie in Wien, der tschechoslowakischen, halten rund 32 000 Personen auch an Tschechoslowakisch als an der Umgangssprache fest. Auffallend ist die verhältnismäßig geringe Zahl der Reichsdeutschen in Wien, die jedoch ihre Erklärung darin findet, daß von den Reichsdeutschen viele jedenfalls weit mehr als von anderen Auslandsstaaten, die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, zumal dieser Schritt natürlich auch gerade den Reichsdeutschen österreichischerseits am meisten erleichtert wurde. In Wien sind 32 Auslandsstaaten durch diplomatische Vertretungen repräsentiert; vier Staaten haben wohl in Österreich Vertretungen, deren permanenter Sitz jedoch nach Berlin verlegt wurde. 48 Auslandsstaaten unterhalten in Wien Konsularvertretungen, 21 Paßstellen, 9 Handelskammern.

Daß man in Österreich auf engste kulturelle Beziehungen mit dem Reiche größten Wert legt, zeigen unter anderem die Bestrebungen, den Austausch von Hochschullehrkräften möglichst zu erleichtern. Man kann sagen, daß speziell für die Wiener Universität und ihren Ruf der Austausch von Lehrkräften mit Deutschland eine Existenzbedingung darstellt; nicht nur nationale Interessen kommen hier in Betracht, es gilt auch die Gefahr einer Abkapselung der ganzen wissenschaftlichen Tätigkeit Österreichs der übrigen europäischen Wissenschaft gegenüber zu verhindern. Die Beschränktheit staatlicher Mittel birgt hier leider viele Hindernisse. Kurios muß es scheinen, daß es für viele Wiener Hochschulen kein einheitliches Gehaltsschema gibt, sondern nur sogenannte Konjunkturgehalte, d. h. persönlich abgestellte Gehaltsaufbesserungen, um die betreffende Lehrkraft entweder von der Abwanderung nach besser bezahlten Posten im Reiche abzuhalten oder Kapazitäten aus dem Deutschen Reiche nach Wien zu bringen und dabei die unendliche Spannung zwischen dem deutschen und österreichischen Durchschnittsgehalt zu überbrücken. Das österreichische Unterrichtsministerium ist gegenwärtig mit einer Neuregelung der ganzen Frage des Professorenaustausches befaßt. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist der für das Jahr 1928 vorgesehene großzügige Kinderaustausch zwischen Österreich und Deutschland, eine Aktion, die hauptsächlich Zielen der Volksgesundheit dienen soll. Im kommenden Sommer sollen 6000 Kinder unbemittelter Eltern wechselweise an die See und in die Alpen gebracht werden. Den Reichsdeutschen Jugendlichen soll die Höhenluft Kräftigung bieten; dabei werden aber auch moralische Vorteile gegenseitige Freundschaften, persönliche Beziehungen, die Annäherung von Nord und Süd unterstützen. In Wien hat sich bereits unter hervorragender Mitwirkung der reichsdeutschen Kolonie eine eigene Arbeitsgemeinschaft für den Kinderaustausch gebildet.

Seit Kriegsende krankt das katholische Vereinswesen in Österreich an organisatorischen Mängeln, was speziell bei jenen Verbänden, die sich mit der Betätigung der Caritas und mit der Aufklärung und Bildung des katholischen Volkes befassen, ab und zu zu Unzulänglichkeiten führte. Über die Initiative des Wiener Kardinals Dr. Piffl wurde kürzlich eine „Katholische Aktion" gegründet, die sich unter Benützung bestehender Organisationsverbände als Gesamtzusammenfassung aller in der Erzdiözese Wien bestehenden katholischen Organisationen und Werke darstellt. Ihre Aufgabe ist es, alle Arbeitsgebiete des katholischen Lebens — so religiös-apologetische Fragen, das Gebiet der Caritas, die Schulfragen, staatsbürgerliche, soziale und wirtschaftliche Fragen, Fragen der Volksbildung und des Bibliothekwesens, die Arbeit für die Presse, allgemein kulturelle Fragen, die einzelnen Standesfragen, z. B der Männer, Frauen, Jugend, Arbeiter usw., die Vorsorge für die Bewahrung der schulpflichtigen Kinder, z. B. „Frohe Kindheit" — in einheitlicher Weise zu versorgen.

Angebliche deutsch-litauische Anleiheverhandlungen.

⊖ **Warschau**, 29. Dez. (Tel.) Die polnische Agentur „Ajenoia Telegraficzna Expreß" bringt heute eine Nachricht aus Kowno, wonach zwischen Woldemaras und dem deutschen Gesandten in Kowno schon vor mehreren Tagen geheime Verhandlungen über eine deutsche Anleihe an Litauen geführt worden sein sollen, und zwar soll die litauische Landwirtschaft eine deutsche Anleihe in Höhe von 2 Millionen Lit erhalten, ferner sollen einige litauische Firmen Wechselkredite zu günstigen Bedingungen erhalten. In der Meldung wird sodann erklärt, daß diese Verhandlungen nicht nur eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Litauen zum Zweck hätten, sondern gewissermaßen die Verzögerung der Verhandlungen der litauischen Regierung mit Polen erklärten.

An den zuständigen Reichsstellen ist von gegenwärtig geführten Verhandlungen über eine deutsche Anleihe an Litauen nichts bekannt. Im übrigen aber ist der Zweck der polnischen Meldung aus der Schlußbemerkung bereits ersichtlich. Wenn die polnisch-litauischen Verhandlungen, die nach den letzten Erklärungen von Woldemaras wenig Aussicht auf Erfolg haben, scheitern sollten, dann will man von polnischer Seite Deutschland die Schuld daran in die Schuhe schieben. Einer solchen Verdächtigung kann nicht genug energisch entgegengetreten werden.

Der Präsident der sowjetrussischen Staatsbank, Schelmann, ist in Berlin eingetroffen, wo er mit einigen amerikanischen Finanzmännern Verhandlungen aufnehmen will. Er beabsichtigt, auch mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Verbindung zu treten.

Deutsches Reich

Das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen für die Angestellten bei den Behörden.

♂ **Berlin**, 29. Dez. (Tel.) Nachdem heute vormittag Besprechungen mit den zuständen Sachbearbeitern vorausgegangen waren, fanden nachmittags im Reichsfinanzministerium die angekündigten Verhandlungen mit den Organisationen über die Gehaltsregelung der Angestellten bei den Behörden statt. Wie wir erfahren, handelte es sich dabei vor allem um die Angleichung der Gehälter der Angestellten an die der Beamten und um den Zahlungsmodus. Die Regierung legte den Organisations-Vertretern die von ihr in Aussicht genommene Regelung vor. In der Frage des Zahlungsmodus tritt insofern eine Verbesserung ein, als die Angestellten in Zukunft am 15. jeden Monats ein volles Monatsgehalt ausgezahlt bekommen sollen, während bisher am 15. je ein halbes Monatsgehalt gezahlt wurde. Die Vertreter der Spitzenorganisationen nahmen die Mitteilungen der Regierung zur Kenntnis und stellten in Aussicht, daß sie am Samstag, 31. ds. Mts., der Regierung zu gewissen Punkten noch eine schriftliche Formulierung ihres Standpunktes überreichen würden.

Kilometerhefte bei der Reichsbahn?

b **Berlin**, 29. Dez. (Tel.) Wegen der Einführung von Kilometerheften hat sich, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, die Reichsregierung erneut mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft (Hauptverwaltung) in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen.

Der Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels zum Reichspostfinanzgesetz.

w **Berlin**, 29. Dez. (Tel.) Gleich dem Hansabund hat nunmehr auch der Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels zur Frage des Reichspostfinanzgesetzes Stellung genommen. Der deutsche Großhandel hält an seinem grundsätzlichen Standpunkt dahingehend fest, daß große Unternehmungen des Reiches nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet und möglichst frei von parlamentarischen Einflüssen gehalten werden sollen. Eine Änderung des Reichspostfinanzgesetzes sei nicht nötig, dagegen müsse eine stärkere Einflußnahme der Wirtschaftskreise auf die Arbeiten des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost sichergestellt werden. Es sei daher anzustreben, daß eine Änderung der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes dahin erfolgt, daß die Benennung der Wirtschaftsvertreter durch die Spitzenorganisationen vorgenommen wird. Ferner sollen die Reichstagsfraktionen aufgefordert werden, die ihnen zur Verfügung stehenden Plätze im Verwaltungsrat nicht nur mit Personen, die der Reichspost angehören, zu besetzen, sondern möglichst auch Vertreter der Wirtschaft bei der Entsendung mit zu berücksichtigen.

Die Fernsprechgebühren für Wenigsprecher.

S **Berlin**, 29. Dez. (Tel.) Wie auf Grund einer Entschließung des Reichstages mitgeteilt wird, wird die Reichspostverwaltung in nächster Zeit, sobald die schwebenden Feststellungen abgeschlossen sein werden, einer Verbilligung der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher näher treten.

Schiedssprüche für die sächsische Hüttenindustrie.

w **Dresden**, 29. Dez. (Tel.) Zur Beilegung der Differenzen wegen Arbeitszeit und Lohnregelung in der sächsischen Hüttenindustrie hat die Schlichterkammer unter Vorsitz des Landesschlichters Ministerialrat Haag heute abend nach zweitägigen Verhandlungen zwei Schiedssprüche gefällt, die im wesentlichen die gleichen Bestimmungen treffen wie der für die rheinisch-westfälische Eisenindustrie.

Das Wahlprogramm der französischen Sozialisten.

w **Paris**, 29. Dez. (Tel.) Der Außerordentliche sozialistische Parteitag hat heute abend seine Arbeiten durch fast einstimmige Annahme einer von der Resolutionskommission vorgelegten Entschließung beendet, die zu den Kammerwahlen folgendes vorsieht: Zum ersten Wahlgang sollen überall sozialistische Kandidaten aufgestellt werden. Für den zweiten Wahlgang wird erwartet (eine bindende Regelung wird nicht ausdrücklich vorgeschrieben), daß die sozialistischen Verbände ihre Kandidaten zugunsten desjenigen, welcher politischen Partei er auch angehören mag, zurückziehen, der die meiste Aussicht hat, den reaktionären Kandidaten zu schlagen. Des weiteren wurde einstimmig eine Kommission eingesetzt, die nach einem vom Resolutionsausschuß ausgearbeiteten Arbeitsplan das Parteiprogramm ausarbeiten soll.

Frankreich und Italien.

w **Paris**, 29. Dez. (Tel.) Der „Petit Parisien" veröffentlicht Erklärungen einer ungenannten italienischen Persönlichkeit, die in Frankreich lebt, vor kurzem von einer Reise nach Italien zurückgekehrt ist und verschiedentlich mit Mussolini Fühlung gehabt hat. Nach dem Gewährsmann unterschreibt die italienische Regierung nicht alle in der italienischen Presse geäußerten Wünsche, wie sie etwa im „Giornale d' Italia" und der „Tribuna" zum Ausdruck kamen. Was Mussolini wirklich wünsche, sei, daß die in Frankreich lebenden Italiener, die die Freiheiten, die die französische Gesetzgebung ihnen lasse, ruhig genießen mögen, aber nicht die Möglichkeit hätten, politische Organisationen in Frankreich zu schaffen, oder Zeitungen, wie den „Giornal degli Italia" (das kürzlich von der französischen Regierung verboten wurde), herausgeben und überhaupt eine ausschließlich gegen das faszistische Regime gerichtete Agitation unterhalten. Was die meisten übrigen Fragen, die in der italienischen Presse genannt worden seien (Tangerfrage, Mandatsfrage, Auswanderung, Balkan- und Mittelmeerfragen) betreffe, so hätten diese einen internationalen Charakter und können selbstverständlich nicht in Besprechungen zwischen Frankreich und Italien allein erörtert werden. Allerdings stehe nichts im Wege, daß Frankreich und Italien sich im voraus oder später — beispielsweise in Genf — über die anzuschneidenden Fragen ins Einvernehmen setzten.

Die französische Tangereinigung dementiert.

‡ **Paris**, 29. Dez. **Die Meldungen, wonach zwischen Frankreich und Spanien eine Einigung in der Tangerfrage erzielt worden sei, werden von zuständiger französischer Seite dementiert. Weiter wird erklärt, daß die Verhandlungen über die Organisation der Polizei in Tanger weitergehen.**

Aus aller Welt.

Die Verfolgung der autonomistischen Bewegung in Elsaß-Lothringen.

‡ **Paris**, 29. Dez. (Tel.) In Straßburg wurden erneut Haussuchungen bei Anhängern der Autonomiebewegung vorgenommen. Dabei wurden bei dem Führer autonomistischer Verteidigungsgruppen, Josef Weber, und dem Kolporteur Conrad Exemplare der „Zukunft" gefunden. Beschlagnahmt wurde eine umfangreiche Korrespondenz zwischen der Fortschrittspartei und der autonomistischen Partei, die auf die bevorstehenden Wahlen bezug nimmt. In Colmar hat die Gerichtsbehörde das Konto des „Elsässer Kurier" und des Abbé Haegy gesperrt.

Die Südtiroler auch in Rom unter Bewachung.

⊖ **Bozen**, 29. Dez. (Tel.) Der Präfekt von Bozen hat die strenge Anweisung erlassen, daß in Zukunft Vertretungen der Südtiroler, die in Rom Wünsche oder Beschwerden vorbringen wollen, nur in Begleitung des Präfekten Südtirol verlassen dürfen.

Der frühere Obmann des Südtiroler Bauernbundes, der Besitzer Joseph Oberhammer in Prags, ist nach einer Verfügung des italienischen Innenamin steriums am 21. Dezember ds. Js. von Karabinieri an die Grenze gebracht und aus dem italienischen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte nach dem Artikel 151 des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit, obwohl Oberhammer seit der Auflösung des Bauernbundes im vorigen Jahre politisch in keiner Weise mehr tätig gewesen ist. Nach den Bestimmungen des Vertrages von St. Germain war die Eintragung Oberhammers in die italienische Staatsbürgerliste erfolgt, sie wurde aber nach sieben Jahren für ungültig erklärt, weil die italienischen Behörden Oberhammer als Führer der Südtiroler Bauern unmöglich machen wollten. Die Behörden legten die Bestimmungen willkürlich so aus, als hätte Oberhammer für Italien nicht rechtzeitig optiert.

Anschuldigungen gegen die rumänisch-amerikanische Petroleumgesellschaft.

w **Bukarest**, 29. Dez. Der frühere Abgeordnete Florescu erhebt in einem Aufsehen erregenden Artikel sehr schwere Beschuldigungen gegen die führenden Persönlichkeiten der rumänisch-amerikanischen Petroleumgesellschaft. So sollen mit Wissen der Verwaltungsbehörden in einem Walde des Petroleumgebietes 80 Hektar Boden abgetrennt worden sein, wodurch dem Staate ein Schaden von etwa 3 Millionen Mark zugefügt wurde. Florescu beschuldigt die Gesellschaft fortgesetzter Unregelmäßigkeiten und behauptet, daß auch der 30prozentige vertragliche Anteil an der Petroleumproduktion dem Staate ständig entzogen wurde. Mit dem Betrag, um den der Staat bei der Petroleumproduktion geschädigt worden sei, hätte man nach Ansicht Florescus alle Staatsschulden Rumäniens begleichen können.

Auf der Suche nach den Mördern des italienischen Vizekonsuls Cozzio.

‡ **Kowno**, 29. Dez. (Tel.) Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die russischen Behörden gestern aus Anlaß der Ermordung des italienischen Vizekonsuls Cozzio in Odessa, Razzien veranstaltet, wobei mehr als 600 Personen verhaftet worden sind. Bei einem Verhafteten wurde die Uhr des Vizekonsuls gefunden. Die Sowjetregierung hat dem italienischen Botschafter Grafen Perutti ihr Beileid ausgesprochen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die italienische Botschaft heute auf Grund der Untersuchungen des italienischen Generalkonsulats in Odessa in Sachen der Ermordung des Vizekonsuls Cozzio mitgeteilt, daß der Vizekonsul wirklich von Räubern ermordet worden ist. Es handelt sich um einen einfachen Raubmord. Die Sowjetregierung hat eine Belohnung von 1000 Rubel für die Verhaftung der Räuber ausgesetzt.

Wiedereinzug Litschaisums in Kanton.

‡ **London**, 29. Dez. (Tel.) Nach Meldungen aus Kanton sind die Truppen des Generals Litschaisums heute wieder in Kanton eingerückt. General Litschaisum, der ein Anhänger der Nankingregierung ist, hatte die Macht in Kanton bis zu seiner vor wenigen Wochen erfolgen Reise nach Schanghai in den Händen. Während seiner Abwesenheit von Kanton haben dann die Kommunisten bekanntlich ihren Putsch durchgeführt. Die Anhänger des Generals Tschangsaikui und die Mitglieder des Roten Arbeiterkorps sind aus Kanton geflohen.

Generalversammlung des Westfälischen Bauernbundes.

vk **Münster**, 29. Dezember.

Der große Saal des Katholischen Gesellenhauses war dicht besetzt, als der Bundesvorsitzende Landwirt Münsterweg-Nordwalde die Generalversammlung des Westfälischen Bauernbundes, über deren Verlauf wir bereits kurz berichtet haben, eröffnete. Unter den Anwesenden bemerkten wir folgende Gäste: Staatsminister Dr. h. c. Hirtsiefer, Oberpräsident Gronowski, Präsident des Landesfinanzamtes Dr. Rorge, Präsident des Landeskulturamtes Heffelt, Domkapitular Surmann, Ökonomierat Gerland von der Landwirtschaftskammer, Präsident der Feuersozietät Krüger, Regierungsrat von Hartmann als Vertreter des Regierungspräsidenten, Landesrat Zuhorn als Vertreter des Landeshauptmanns, Rektor Dr Vorholt, die Landtagsabgeordneten Regierungsrat Hagemann-Osnabrück und Brockmann-Rinkerode, Baumhoff-Hagen sowie viele andere Gäste. In seiner Begrüßungsansprache führte

Bundesvors. Landwirt Münsterweg

folgendes aus:

Der Westfälische Bauernbund hat heute seine Mitglieder zur Generalversammlung des Bundes versammelt. Nachdem wir vor über vier Wochen die erste Bezirksversammlung abhalten durften, die unser Wollen und unsern Weg zielklar herausstellte, sind wir heute hier vereinigt, um aus der Zielrichtung unseres Bundes Stellung zu nehmen zu brennenden Gegenwartsfragen des bäuerlichen Berufsstandes. Darüber hinaus soll diese Tagung auch Willensausdruck unserer Geschlossenheit im Bunde sein und der starken Entschlossenheit, mit aller Kraft an der inneren und äußeren Entwicklung unseres Bundes weiter zu arbeiten.

Die letzten Wochen sind auf Kampf abgestimmt gewesen. Zum Teil hat dieser Kampf Formen persönlicher Verunglimpfung angenommen. Das ist tief bedauerlich! Ich möchte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß den Belangen des Bauernstandes durch Verunglimpfungen persönlicher Art in Meinungsstreiten nicht gedient wird. Es wird daher hohe Zeit, **daß sachliche Auseinandersetzungen durch Ausmerzung aller unsachlichen persönlichen Momente entgiftet werden.** Ich will es mir versagen, hier den tieferen Gründen nachzugehen, die zur Kleinbauern- und Bauernbewegung führten, das ist in ausreichender Weise bereits früher geschehen. Daß diese Bewegung und ihre Ausdrucksform im Bauernbunde die Einigkeit in der Landwirtschaft zerstört hätte, kann nur der behaupten, der lediglich die Wirkung sieht aber nicht geneigt ist, den Ursachen nachzugehen. Auch uns ist die Einheit und Einigkeit des bäuerlichen Berufsstandes ein hohes Gut! Einheit und Einigkeit dürfen aber nicht verwechselt werden mit Einförmigkeit. Nicht die äußere Form der Einheit ist das Entscheidende, sondern auf die Gesinnung kommt es an! Wir stehen im Westfälischen Bauernbund zusammen, weil wir einer Meinung sind, weil uns nicht Besitzgrößen, Vorrechte des Standes oder der Geburt trennen sollen in verschiedene Klassen, **sondern weil wir den Gemeinschaftsgedanken als treibende Kraft für unser Zusammenstehen und Zusammenarbeiten empfinden.** Gerade der Kleinste, der Schwächste, der Ärmste soll von uns besonders gewertet und gefördert werden.

Schorlemer wandte sich vor der Gründung des Bauernvereins an den großen sozialen Bischof von Ketteler in Mainz. Von ihm hat er Sinn und Geist christlicher sozialer Bauernfürsorge und Bauernhilfe empfangen und in seinem Programm lebendig gemacht, um die kulturelle und soziale Haltung und Hebung der mittleren und kleineren Bauern zu fördern und deren materiellen Interessen durch gemeinsame Hilfe wahrzunehmen. **So steht es auch Wort für Wort in unserm Programm, und es ist der Geist des großen Bischofs Ketteler, der aus diesem Programm hervorleuchtet und zur praktischen Arbeit aufbricht.** Weil wir fühlen, daß dieser Geist Kettelers im ersten Bauernvereinsprogramm im Laufe der Zeit nicht praktisch lebendig geblieben ist, weil seine Folgerungen für die praktische Gestaltung von Bauernfragen in der Gesetzgebung und im berufsständischen Leben nicht gezogen werden, weil man uns Bauern aus der Enge kastenmäßiger und gesellschaftspolitischer Einstellung, aus einer Abneigung, westfremder Kreise gegen den heutigen Staat von der Volksgemeinschaft immer weiter entfernt hat, der Schorlemer und Ketteler mit ganzem Herzen dienten, daher stehen wir zusammen, damit der echte Geist Kettelers und Schorlemers im Bauerntum lebendig bleibe!

Wir wollen in treuer Gemeinschaftsarbeit mit allen anderen Ständen, besonders auch mit den breiten Massen der Konsumenten dem Gesamtvolke im deutschen Vaterlande dienen. Das Wort von der Volksgemeinschaft soll uns kein leerer Klang bleiben! Wir wollen es in die Tat umsetzen. In der rechten Volksgemeinschaft liegt die wahre und echte Volkswohlfahrt.

In diesem Sinne begrüße ich namens der Westfälischen Bauernbundes herzlichst den Herrn preußischen Minister für Volkswohlfahrt, Staatsminister Dr. Hirtsiefer-Berlin.

Seien Sie, hochgeehrter Herr Minister, uns westfälischen Bauern recht herzlich willkommen! Wir danken Ihnen, daß Sie zu uns gekommen sind, um uns Bauern Wege zur wahren und rechten Volksgemeinschaft zu zeigen. Wir wissen, daß für uns neben dem Landwirtschaftsministerium das Volkswohlfahrtsministerium von größter Bedeutung ist. Wir wissen auch, wie Sie, Herr Minister, sich bemühen in Ihrem schweren Amte, die Interessen der Ihnen besonders anvertrauten entwurzelten Schichten des Volkes mit den Lebensinteressen des bäuerlichen Berufsstandes in Einklang zu bringen. Wir Bauern wünschen und wollen, daß die große soziale Not, besonders die Wohnungsnot und Siedlungsnot breitester Volksschichten glücklich beseitigt werden, denn wir wissen, daß bäuerlicher Besitz, bäuerliche Arbeit und bäuerlicher Wohlstand nur dann gesichert und gewährleistet sind in unserem Volke, wenn der Bauer für ein heimatfrohes innerlich und äußerlich gesundes und zufriedenes Volk schaffen kann.

Einen ebenso herzlichen Willkommensgruß entbiete ich dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. Wir Bauern grüßen unsern Oberpräsidenten um deswillen mit besonderer Herzlichkeit, weil wir mit Hochachtung seinem bisherigen Wirken in der Provinz Westfalen gegenüberstehen. Er hat den Beweis erbracht, daß die Männer in unserem Volke noch nicht ausgestorben sind, die aus eigener Kraft zielbewußt und unbekümmert um Lob und Tadel die Geschicke eines ganzen Landes, eines ganzen Volksstammes zu lenken wissen. Vor solchen Männern hat auch der Bauer Respekt. Über die Wertschätzung aller Vorzüge akademischer oder gesellschaftlicher Art, die vielfach sehr zu Unrecht als notwendige Eigenschaften zu hohen Ämtern angesehen werden, imponiert uns Bauern weitmehr eine gefestigte ehrliche Persönlichkeit, die weiß, was sie will. Wir wissen, Herr Oberpräsident, daß es Zeiten gegeben hat, da man zwischen Ihnen und uns Bauern Mißtrauen oder doch kühle Zurückhaltung aufgerichtet hat. Über all dieses ist starkes Vertrauen hinausgewachsen, das Sie sich auch bei den Bauern erworben haben, und dieses Vertrauen sei Ihnen heute in unserer Mitte von ganzem Herzen zum Ausdruck gebracht. Wir schenken dieses Vertrauen in Ihnen auch dem Sohne des Volkes, dem Manne, der nie aus seiner Herkunft ein Hehl gemacht hat und nie seinen Stand verleugnete. Und das ist es gerade, was dieses Vertrauen in besonderer Weise fördert, denn der westfälische Bauer liebt Offenheit, Geradheit und Ehrlichkeit. Wir westfälischen Bauern reichen aber auch diesem Stande beide Hände, um durch treue hingebende Gemeinschaftsarbeit für Volk und Vaterland unter Führung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Wohlstand und Segen zu schaffen.

Der Redner begrüßt sodann die eingangs benannten Ehrengäste und schließt mit folgenden Worten: Sodann liegt es mir noch ob, die Vertreter und Mitglieder der verschiedensten befreundeten Organisationen in unserer Mitte herzlich willkommen zu heißen. Besonders herzlich begrüße ich die anwesenden Herren aus den katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften, sowie die Vertreter der Beamten- und Lehrerschaft, mit denen wir in vertrauensvoller Gemeinschaftsarbeit das Beste für unser Volk und seine Jugend erzielen wollen. Wir wollen uns nicht abtrennen von den anderen Ständen unseres Volkes, wir wollen mit ihnen gemeinsam Not tragen, gemeinsame Sorge um gegenseitiges Verstehen und gegenseitiges Fördern hegen und gemeinsame Arbeit leisten für Volk und Vaterland.

Und ein letztes und bestes Grußwort rufe ich allen unsern Mitgliedern und Freunden zu, die heute hier so zahlreich versammelt sind. Seid alle, alle herzlich willkommen. Und nun an die Arbeit! Freimütig, sachlich und aufrichtig sei die Losung für unsere heutige Tagung, die ich hiermit als eröffnet erkläre. (Lebhafter Beifall.)

Darauf nimmt das Wort

Oberpräsident Gronowski.

Die warmherzige Begrüßung durch Ihren Vorsitzenden, Herrn Münsterweg, fasse ich als den laut hörbaren Willen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dieser Staatsregierung und diesem Oberpräsidenten auf. Ihrem Stande und dem Staate ist damit am besten gedient. Nicht gegeneinander oder nebeneinander, sondern gemeinsame Arbeit mit der Regierung und der Verwaltung bringt die Landwirtschaft vorwärts und stärkt den Staatsgedanken, auch in der ländlichen Heimat. Durch diese Zusammenarbeit gibt kein Teil seine Selbständigkeit auf und jeder behält seine volle Handlungsfreiheit. Die Regierung nimmt jede Mitarbeit, die das Ziel der wirtschaftlichen und ideellen Hebung der Landwirtschaft hat, dankbar an; sie kann auch **fachliche Kritik sehr gut vertragen, aber sie muß sachlich, aufbauend, nicht vergiftend und zersetzend sein. Wenn in dieser Meinung Ihre junge wachsende Bauernbewegung programmatische Arbeit für Stand und Staat leistet, dann werden Sie die** Vertreter der Staatsregierung an Ihrer Seite sehen, um insbesondere jenen zu helfen, die unsere gemeinsame Hilfe am nötigsten haben. Das ist wahre soziale Gesinnung und werktätiges Christentum! Das ist Dienst am Volkstum! **Von diesem Geiste geleitet hat die Preußische Staatsregierung im Rahmen** der Möglichkeit folgende Aufwendungen zur Förderung der Landwirtschaft, wie Bodenkultur, Tierzucht, u. a. m. in der Provinz Westfalen gemacht: Im Rechnungsjahr 1913 = 3,1 Mill. Mk., im Rechnungsjahr 1924 = 22,7 Mill. Mk., im Rechnungsjahr 1925 = 3,9 Mill. Mk., im Rechnungsjahr 1926 = 6,1 Mill. Mk. Diese Zahlen im Rahmen der geschichtlichen und politischen Ereignisse sprechen ganz für sich nicht zu ungunsten der heutigen Staatsregierung. Meine Herren, Ihr Herr Vorsitzender hat hier in einer westfälischen Bauernversammlung ein freimütiges Bekenntnis zum deutschen Volksstaate abgelegt. Dies ist ein neuer Beweis, daß Sie, meine Herren, unter die Vergangenheit schweigend einen Strich gezogen haben und entschlossen sind, die junge deutsche Republik zu stützen, die Verfassung zu ehren und die deutschen Hoheitszeichen zu achten. Für ein solches Bekenntnis Ihnen zu danken, ist mir eine angenehme Pflicht. Ich begrüße hier auch herzlich den Herrn Staatsminister Dr. Hirtsiefer. Diese staatsbürgerliche Einstellung erleichtert die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bauernbund und vermeidet oder vermindert die Reibungsflächen, deren wir gerade genug im öffentlichen Leben haben. Der Leitgedanke aller deutschen Staatsbürger sollte sein: Aus der Vergangenheit lernen, für die Gegenwart und Zukunft arbeiten und opfern. Noch eine Bemerkung. Für die freundliche Einladung und Begrüßung danke ich Ihnen auch persönlich. Sie haben korrekterweise den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen eingeladen, und der ist bereit, mit Ihnen zu arbeiten und Ihnen, wenn möglich, zu helfen. (Starker, lebhafter Beifall.) Bei einer anderen Berufsorganisation ist die Anweisung erteilt worden, nicht den Oberpräsidenten, sondern das Oberpräsidium einzuladen. Ich bin weder Bürokrat noch empfindlich, aber es kommt auf die Ansicht an, und deshalb bleiben derartige Einladungen der gedachten Organisation in Zukunft ohne jede Berücksichtigung. Für mich und mein Amt bedeutet dies eine kleine Entlastung, sonst nichts. Wir aber, meine Herren, wollen in gegenseitiger Achtung zusammenwirken und schaffen, Stände, Klassen und Schichten näher zueinander bringen; Verständnis in der Öffentlichkeit erzeugen und fördern für Ihre Berufsinteressen und dabei die Verbraucher nicht vergessen. Das ist ein großes Ziel, dem wir zustreben. Nicht nutzlos werden, voll Gottvertrauen vorwärts. Friedrich Rückert sagt:

„Wer da fährt nach großem Ziel
Lern am Steuer ruhig sitzen,
Unbekümmert, wenn am Kiel
Lob und Tadel hoch aufspritzen."

Das sei mein erster Gruß in der ersten öffentlichen Versammlung des Westfälischen Bauernbundes. (Starker Beifall.)

Dann betritt

Staatsminister Dr. h. c. Hirtsiefer

lebhaft mit Händeklatschen begrüßt, das Rednerpult, um seinen Vortrag über das Thema:

„Bauer und Volksgemeinschaft"

zu halten. Er führt ungefähr folgendes aus:

Ich danke zunächst dem Westfälischen Bauernbund für die freundliche Einladung und ganz besonders dem Vorsitzenden für die herzlichen Begrüßungsworte. Ich bin gern gekommen, aber man könnte doch wohl fragen: Was hat der Wohlfahrtsminister bei den Bauern zu tun? Ich will Ihnen die Legitimation nachweisen, daß ich zu Ihnen sprechen darf.

Das Wohlfahrtsministerium ist erst nach dem Kriege gegründet worden. Ihm ist die Fürsorge für die Menschen übertragen worden, nicht nur für die Menschen in der Stadt, sondern auch auf dem flachen Lande. Vor dem Kriege hatten wir kein Wohlfahrtsministerium. Da galten anscheinend die Menschen weniger. Ich habe in meinem Ministerium verschiedene Abteilungen, denen die Gesundheitsfürsorge sowie das Siedlungs- und Wohnungswesen obliegt. Ich glaube, daß diese Fragen in hohem Maße die ländliche Bevölkerung interessieren, denn das Ministerium berücksichtigt nicht nur die städtischen, sondern auch die ländlichen Verhältnisse. Wenn ich noch hinzufüge, daß meine Vorfahren jahrhundertelang auf ihrer kleinen Scholle im Siegkreis gearbeitet haben, wie Sie hier in Westfalen auf Ihren Siedlungen, so glaube ich ein Recht zu haben, vor Ihnen zu sprechen. Ich selbst bin — wie Sie wissen — aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, die im Kampf gegen die Sozialdemokratie groß geworden ist. „Der Kampf ist der Vater aller Dinge" hat schon der alte griechische Weltweise Herakit gesagt. Nur durch Kampf können die Dinge weitergetrieben werden. Vorhin hat Ihr Vorsitzender das Programm entwickelt. Es ist so klar wie richtig. Bauern und Arbeiter gehören zusammen und sind aufeinander angewiesen. Das ist in der Vergangenheit nicht immer geschehen, im Gegenteil oft gehindert worden. Bauern und Arbeiter sind schicksalsverbunden, ob sie wollen oder nicht. Da ist es richtig, sich frühzeitig über die Zusammenarbeit klar zu werden, die gemeinsamen Ziele herauszufeilen und das, was für den einzelnen Stand notwendig ist, zu erwägen. Denn der einzige Unterschied zwischen dem Bauern und dem Arbeiter ist: Der Bauer arbeitet mit eigenen, der Arbeiter mit fremden Produktionsmitteln. Die soziale Lage ist sonst die gleiche beide haben schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Aber wir gehören nicht nur sozial zusammen, sondern auch wirtschaftlich. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ist zu weit geworden, er muß wieder verkürzt werden. Es gibt Leute, die mit fünf Minuten Telephongespräch mehr Geld verdienen als andere mit schwerer, mühsamer Arbeit. Das ist das Kernproblem: erträgliche Preise für den Konsumenten, angemessene Preise für den Produzenten, so daß die Lebenshaltung beider erträglich ist. Die Arbeiter können nur erträgliche Preise bezahlen, wenn sie selbst genug verdienen. Insofern ist das Lohnproblem auch für die Bauern von Bedeutung. Wenn heute immer von Export geredet wird, so muß einmal darauf hingewiesen werden, daß schon vor dem Kriege 85 Prozent der Produktion im Inland blieb. Nur 15 Prozent ging ins Ausland. Viele Völker, die aber früher Abnehmer unserer Produkte waren, sind unsere Konkurrenten geworden. Die Bedeutung des Inlandsmarktes wächst für die Produktion. Unser gemeinsames Ziel ist, einen engeren Verkehr herzustellen und die Preisspanne zu verringern.

Vor dem Kriege haben wir nur auf die Zölle gestarrt und über alle anderen Wege, den Bauern zu helfen, wenig den Kopf zerbrochen. Dadurch sind wir rückständig geworden. Eine planvolle Gestaltung verlangt eine andere Einstellung zu den Dingen, daran können sich viele hochmögende Herren nicht gewöhnen. Ich habe im vergangenen Jahre ein Städtebaugesetz vorgelegt und bin deswegen stark angefeindet worden. Man sagte, ich sei eigentumsfeindlich, landwirtschaftsfeindlich. Wie liegen nun die Dinge? Wir haben heute bereits stehende Großstädte. Sie leben nur noch vom Zuzug des flachen Landes. Dieser Zuzug muß in Massenquartieren wohnen, wird entwurzelt und bildet das radikale Element. Darum hat man sich früher nicht gekümmert. Hier gilt es jedoch einzugreifen: Man muß diese Menschen wieder mit der Scholle verbinden; das war meine Absicht. Wir haben in Preußen zurzeit zwei große Probleme zu lösen: 1. Auflockerung unserer Großstädte. Es müssen Grünanlagen und Kleinwohnungen in der Stadt geschaffen werden. Kinderspielplätze sind vonnöten. 2. Die Wiederbesiedelung des flachen Landes. Das Land ist eine Kraftquelle der Nation. Der Zuzug zur Stadt muß seßhaft gemacht werden auf dem platten Lande. Hier ist Beschäftigungsmöglichkeit für viele, wenn nur Wohngelegenheit geschaffen wird. Dabei muß den Siedlern Gelegenheit gegeben werden ein Eigenheim zu erwerben, um so ansässig zu werden.

Es gibt noch andere Möglichkeiten. Nachdem die Wirtschaft rationalisiert hat, muß es auch die Landwirtschaft tun. Ich meine das so: wir müssen überall den tatsächlichen Bedarf decken und nicht, wie es jetzt im Osten geschieht, mehr Roggen produzieren als verbraucht wird, so daß man Propaganda für das Roggenbrot machen muß. Im vergangenen Jahr ist für 557 Millionen Mark ausländisches Obst importiert worden. Wir führen jährlich für über 300 Millionen Eier ein, das ist mehr als wir Kohlen ausführen. Sollte es nicht möglich sein, hier einzugreifen und unseren Volksgenossen Arbeit und Verdienst zu schaffen?

Der Redner schildert dann die Bemühungen der Staatsregierung, im Osten anstelle der ausländischen Saisonarbeiter deutsche Bauern anzusiedeln. 35 000 Wohnungen seien bereits gebaut. Das Werk müsse fortgesetzt werden, damit die Menschen wieder mit der Scholle verbunden würden. Wir haben in den letzten fünf Jahren auf dem Lande mehr gebaut als in all den Jahrzehnten vorher. Wenn behauptet wird, dies seien eigentumsfeindliche Bestrebungen, dann ist das keine sachliche Kritik mehr. Ich will den Eigentumsbegriff schützen. Er ist aber stärker geschützt, wenn viele Eigentümer da sind, als wenn nur ein paar Große ein Eigentum haben (Beifall). Wer ein Eigentum hat, der liebt auch das Vaterland. Die wurzellosen Menschen können es nicht. Wir wollen mitarbeiten, daß die Gegensätze überbrückt werden und das große Ziel gegenseitigen Verstehens erreicht wird. Dann dürfen wir glauben, daß unserem Volke eine bessere Zukunft beschieden sein wird. (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Nachdem der Vorsitzende dem Redner gedankt hat, teilt Generalsekretär Dr. Riehues mit, daß der Abg. Borneseld-Ettmann sich entschuldigt habe. Er müsse an einer dringenden Sitzung in Berlin teilnehmen. Es werden noch weitere Entschuldigungsschreiben geladener Gäste bekannt gegeben.

Der zweite Redner

Dr. Lünenborg-Burgsteinfurt

sprach über das Thema: „Wege und Ziele bäuerlicher Steuerpolitik". Eingangs seiner Ausführungen skizzierte er die finanzielle Lage des Reiches und die steuerliche Belastung der Landwirtschaft. Er ist der Ansicht, daß eine weitere Erhöhung der Steuern völlig unmöglich ist. Der Mehrbedarf des nächsten Etatsjahres, der etwa 1 Milliarde beträgt, muß aus anderen Quellen fließen. Der Redner kritisierte sodann das heutige Steuersystem, wobei er die vier Forderungen des berühmten Nationalökonomen Smith, als da sind: Gerechtigkeit, Einfachheit, Allgemeinheit und billige Erhebung als Richtlinien aufstelle. Nur die Allgemeinheit ist zum Teil verwirklicht. Die Gerechtigkeit läßt zu wünschen übrig. Ist es vielleicht gerecht, wenn ein Hof von etwa 170 Morgen 2707 Mark Steuern bezahlen muß? Der Morgen Land muß in diesem Falle etwa 14—15 Mark Steuern aufbringen. Das ist völlig unmöglich. Von Einfachheit kann bei der verwirrenden Vielfalt der Steuerformulare nicht gesprochen werden. Die Steuerberatungsstellen sind im letzten Grunde ein Übel. Die teuere Verwaltung der Steuern ist daraus ersichtlich, daß 100 Mark Steuern von der Landwirtschaft etwa 15 Mark Unkosten verschlingen, während dasselbe Verhältnis bei der Arbeiterschaft nur 100 Mark zu 35 Pfg. ist. Eine Einheitsbuchführung wäre zu wünschen. Der Redner verlangt zum Schluß progressive Gestaltung der Steuern und besonderen Schutz der kleineren und mittleren Betriebe. Von der Einkommensteuer muß die Landwirtschaft freigemacht werden. Eine landwirtschaftliche Einheitssteuer auf der Grundlage eines nachhaltigen Ertragswertes wäre die zweckmäßige Lösung anstelle des ungeordneten und ungerechten Steuerbetriebes von heute.

Präsident des Landesfinanzamtes, Dr. Ronge, erklärt, daß er gern mit den landwirtschaftlichen Organisationen Fühlung nehme, um in Steuerfragen Hand in Hand zu arbeiten. Er glaubt versichern zu können, daß Finanzminister Dr. Köhler, falls er im Amte bleibe, von der Landwirtschaft im nächsten Jahre keine neuen Abgaben verlangen würde. Der Mehrbedarf des Reiches werde aus dem Mehreinkommen aus Zöllen und der gewerblichen Wirtschaft gedeckt werden. Das Bestreben der Landwirtschaft muß darauf gerichtet sein, eigenmächtig zu wirken, um den Steuerdruck zu lösen. Eine besondere Landwirtschaftssteuer sei wohl nicht angängig, da man keinen Staat im Staate bilden könne. Die Landwirtschaft müsse nach Steuergesetzen veranlagt werden, die für jeden gelten. Der Redner teilt sodann mit, daß mehr als 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe keine Einkommensteuer bezahlen; im Sauerlande seien es sogar 90 Prozent. In diesem Jahre bezahlen von 200 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur noch 8000 die volle Umsatzsteuer. Zum Schluß erklärt der Präsident, daß die Verwaltung nicht die Gesetze gemacht, sondern nur ausgeführt habe, daß sie aber, wie früher so auch in Zukunft, gemeinsam schwierige Fragen regeln.

Rektor Dr. Vorholt macht sodann längere Ausführungen über **die Einigungsbestrebungen in der Landwirtschaft Westfalens.** Er glaubt, daß auf der Grundlage eines verpflichtenden christlichen Eigentumsbegriffes diese Einigung möglich sei, die man übrigens auch mit Rücksicht auf die geschossene landwirtschaftliche Phalanx Ostelbiens fordern müsse. Sonst würden die westdeutschen Bauern immer gegenüber den Ostelbiern im Nachteil bleiben. Der Redner erklärt, daß die bisherigen Einigungsbestrebungen nicht am Westfälischen Bauernbund gescheitert seien. Man dürfe den Verhandlungspartner nicht ohne Grund verdächtigen.

Dr. Lünenborg erklärt für den Vorstand des Bauernbundes, daß des Vorredners Worte das Programm des Bundes enthielten. Der Bund selbst habe kein höheres Ziel als die Einigkeit der Bauern. Dieses Ziel sei aber durch Verhöhnung und Verdächtigung zerschlagen worden. Inzwischen wolle der Bund weiter für die Landwirtschaft praktische Arbeit leisten und vor allem auch an den maßgebenden Stellen seinen Einfluß verstärken.

Regierungsrat Abg. Dr. Hagemann (Osnabrück) nahm zunächst kurz Stellung zu der außerordentlich hohen Belastung der Landwirtschaft durch Steuern, die für die Landwirtschaft unerträglich sei. Der Landwirt müsse unbedingt für seine Erzeugnisse angemessene Preise bekommen. Auf dem Gebiete der Siedlung sei man in Preußen jetzt einen wesentlichen Schritt weiter gekommen durch die vor 2 Wochen vollzogene Annahme des Gesetzes über die Gründung einer Landesrentenbank. Durch sie werden nicht nur staatliche Kredite für die Siedlungszwecke herangezogen, sondern auch das Privatkapital. Der Staat werde in der nächsten Zeit größere Geldmittel bereitstellen müssen, um u. a. auch größere Meliorationen ausführen zu können. Und vornehmlich für diesen Zweck sei die Landesrentenbank ins Leben gerufen. Bereits vor dem Kriege haben Rentenbanken bestanden, und die Rentenbriefe seien nicht nur im Inlande, vielmehr auch im Auslande recht hoch im Kurs gewesen. Durch den Rückkauf solcher Rentenbriefe werde das Privatkapital für die Siedlungszwecke herangezogen. Es sei natürlich nicht daran zu denken, daß sie zum Zinssatz von 3½ oder 4 Prozent, wie vor dem Kriege, ausgegeben werden, man habe vielmehr einen Satz von 8 Prozent vorgesehen. Gewiß sei sich der Staat bewußt, daß die Siedler einen solchen Prozentsatz nicht aufbringen können. Deshalb habe sich der Staat entschlossen, neben dem Landesrentenbankkredit ein staatliches Darlehen zu gewähren, das vorläufig nicht verzinst werden dürfe. (Beifall.)

Generalsekretär Dr. Riehues brachte folgende

drei Entschließungen

zur Verlesung, die von der Versammlung einhellig angenommen wurden.

Zur Volksgemeinschaft

auf dem Lande und in der Stadt durch Verkürzung des Arbeitsweges gegenseitig zu stützen und zu schützen.

Einer aus der Versammlung heraus gegebenen Anregung, der dritten Entschließung die Verwahrung einzufügen, daß der Westdeutsche Bauernbund demokratisch sei, widersprach Abg. Brockmann (Rinkerode) ganz entschieden, da der christliche Charakter des Westfälischen Bauernbundes schon früher hinreichend stark betont worden sei. Damit war denn auch die Versammlung einverstanden.

Dann schloß der Erste Vorsitzende die Versammlung.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 30. Dezember.

Vor dem sicheren Tode des Ertrinkens gerettet wurde am Mittwochnachmittag gegen 15½ Uhr ein 6—3jähriger Junge, der sich auf der Aawiese auf dem noch dünnen Eise zu schaffen machte. Die Eisdecke brach, und kopfüber flog der Junge ins Wasser. Auf die Hilferufe eilten Passanten herbei und befreiten den Jungen aus seiner gefährlichen Lage.

Kleine Nachrichten. Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personenwagen und einem Radler kam es am Mittwoch mittag gegen 13 Uhr an der Kreuzung Schützenstraße—Aegidiistraße. Ein Personenwagen, der die Schützenstraße hinunterfuhr und zur Mühlenstraße einbiegen wollte, stieß an der Ecke mit einem von der Aegidiistraße kommenden Radler derart hart zusammen, daß der Radler vom Rade geschleudert wurde und auf den Kühler des Autos zu liegen kam. Mit einer schweren Arm- und Brustverletzung wurde der Radler zum Krankenhause gebracht, wo jedoch der Arzt keine lebensgefährliche weitere Verletzungen feststellte. Das Fahrrad wurde total zertrümmert.

Aus den Provinzen.

= **Hiltrup**, 29. Dez. (Ein Unhold) treibt hier und in der Umgegend seit einiger Zeit sein Unwesen. Die Polizei hat ihn ermittelt und zur Anzeige gebracht.

⊙ **Ibbenbüren**, 29. Dez. (Zu dem Diebstahl) in Nr. 1342 wird uns mitgeteilt, daß bei der Firma Anton Berger in Ibbenbüren ein Einbruchsversuch unternommen wurde, daß aber die Diebe nichts erhalten haben.

‡ **Lingen**, 27. Dez. (Unfall.) Heute vormittag gegen 11 Uhr wurde beim Umladen eines Motors am Güterschuppen der Landwirt Gravel-Schemaker aus Lohne dadurch schwer verletzt, daß er unter den Motor kam, der zwischen Rampe und Wagen durchschlug. G. wurde zum Krankenhause gebracht

w **Dinslaken**, 29. Dez. (Großfeuer.) Heute vormittag brach auf noch nicht festgestellte Weise in den Stallungen eines Besitzers in Dinslaken Feuer aus, das an den großen Heu- und Strohvorräten reichliche Nahrung fand. Das ganze Gebäude brannte bei dem herrschenden Sturme bis auf die Umfassungsmauern nieder. Auch die anschließenden Ladenlokale, ein Photographengeschäft, sowie ein Gemüse- und Radio-Geschäft wurden von dem Feuer ergriffen und stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Dach des Hauses brannte aus und die Wände stürzten zum Teil ein. Die Feuerwehr war infolge des Sturmes in der Hauptsache auf die Sicherung der benachbarten Häuser beschränkt, was ihr auch gelang. Der Schaden ist beträchtlich. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

w **Köln**, 29. Dez. (Ein Fehlbetrag von 8 Millionen Mark.) In der heutigen Stadtverordnetensitzung erklärte der Oberbürgermeister Dr Adenauer, daß die Erledigung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung, die Deckung des Fehlbetrages von rund 8 Millionen Mark zurückgestellt werden müsse, da die Vorarbeiten im Ausschuß noch nicht beendet werden konnten. Als Termin für die Besprechung dieser Vorlage ist nunmehr der 12. Januar in Aussicht genommen worden.

Vermischtes.

tu **Ermittlungsverfahren gegen den Großindustriellen Otto Wolff.** Köln, 29. Dez. Seit Mitte November erschienen in der Berliner Presse wiederholt Angriffe gegen den Großindustriellen Otto Wolff-Köln. Gleichzeitig gingen der Staatsanwaltschaft Köln mehrere Anzeigen wegen Bestechung und Betruges zu. Die Staatsanwaltschaft sah sich dadurch veranlaßt, ein Ermittelungsverfahren gegen Otto Wolff einzuleiten

* tu **Urteilsfällung im Kindermordprozeß Just.** Hamburg, 29. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich heute der Drogist Augustin Just und dessen Ehefrau unter der Anklage zu verantworten, am 23. April dieses Jahres ihre beiden Kinder vorsätzlich und mit Überlegung getötet zu haben, als sie beschlossen hatten, gemeinsam durch Gift Selbstmord zu begehen. Als die beiden Kinder tot waren, hatten auch die Eltern Gift genommen, doch stellte sich Erbrechen ein, so daß sie selber am Leben blieben. Die Verhandlung gegen die beiden Angeklagten hatte schon einmal am 27. August stattgefunden, konnte aber nicht zu Ende geführt werden, weil das Gericht die Einholung eines Obergutachtens über den Geisteszustand der Angeklagten beschloß. In der heutigen Verhandlung bezeichnete der Obergutachter, Professor Dr. Weygandt von der Staatskrankenanstalt Friedrichsberg es als möglich, daß die Angeklagten sich zur Zeit der Tat in einem geistigen Zustand befunden haben könnten, der die klare Überlegung ausgeschlossen habe. Trotz dieses Gutachtens beantragte der Oberstaatsanwalt gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von je vier Jahren unter Hinweis darauf, daß die von dem Gutachter angedeuteten Einflüsse nicht geistige Störungen im Sinne des Paragraphen 51 seien. Das Urteil lautete auf je 18 Monate Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände im weitesten Sinne. Auf die Strafe wurde ferner die Untersuchungshaft von acht Monaten voll angerechnet, und das Ehepaar Just vorläufig aus der Haft entlassen, wobei die Gelegenheit zur Erreichung des Gnadenerlasses gegeben ist.

* tu **Aufklärung eines Mordes nach sieben Jahren.** Hof, 29. Dez. In einer Gastwirtschaft in Münchberg in Oberfranken kam ein Arbeiter mit einem anderen Gast in Streitigkeiten. Dabei behauptete er, daß er von dem Bruder seines Widersachers einmal Menschenfleisch gekauft habe. Dieser solle im Jahre 1920 in der Nähe von Münchberg eine Frau ermordet haben, von der das Fleisch stamme. Tatsächlich wurde im Februar 1920 in der Nähe von Münchberg eine Frau auf bestialische Weise ermordet. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits des Falles angenommen. Der Arbeiter hält seine Behauptungen auch vor dem Staatsanwalt aufrecht.

* ○ **Der Dieb als Arzt.** Belgrad, 29. Dez. Wie aus Laibach gemeldet wird, wurde der dortige praktische Arzt Dr. Ludwig Cernen, der vor kurzer Zeit in Laibach ansässig wurde und sich einer großen Anzahl von Patienten, besonders von Frauen, erfreute, gestern nachmittag verhaftet. Es wurde festgestellt, daß der Arzt ein bekannter Dieb unter dem Namen Gustav Robott sei. Seine Verhaftung hat in Laibach großes Aufsehen erregt.

* tu **Lawinensturz an der italienisch-französischen Grenze.** Mailand, 29. Dez. Bei Skiübungen auf der Hochebene von Claviéres an der italienisch-französischen Grenze wurde nach einer Meldung des „Corriere della Sera" eine Gruppe italienischer Offiziere und Soldaten des 1. Gebirgsartillerie-Regiments von einer Lawine überrascht und ein Inspekteur sowie zwei Offiziere verschüttet. Die Verschütteten wurden sofort ausgegraben, ein Leutnant war aber bereits tot, ein anderer hatte leichtere Verletzungen, während der dritte unverletzt geblieben war.

* tu **Tunney dem „Klub der 600 Millionäre" beigetreten.** London, 29. Dez. Der Weltmeister im Boxen, Tunnen, ist nach Meldungen aus Newyork soeben dem Madison Square Garden Athletic Club beigetreten, der allgemein als „Klub der 600 Millionäre" gilt. Tunnen ist der erste Boxer, der Zutritt zu diesem exklusiven Klub erhielt, der eine Warteliste von mehr als 2000 Personen hat.

* tu **Zwei Tote bei einem Hauseinsturz in Buffalo.** London, 29. Dez. Nach Meldungen aus Newyork ist in Buffalo ein zehnstöckiges Gebäude eingestürzt, wobei zwei Personen getötet und drei verletzt wurden.

* tu **Drei spanische Fischer über Bord gespült.** London, 29. Dez. An der Küste von Rabat wurde, einer Reutermeldung zufolge, ein spanisches Fischerboot angetrieben, von dem während eines Sturmes drei Mann der Besatzung über Bord gespült worden waren.

* ○ **Die Suche nach den Attentätern von Buenos Aires.** London, 29. Dez. Nach Meldungen aus Buenos Aires sind die im Zusammenhang mit den Bombenattentaten auf die Filiale zweier nordamerikanischer Bankhäuser verhafteten siebzig Personen heute nach eingehender Vernehmung durch die Polizei wieder freigelassen worden